



Kreisentwicklung

Az.: 2

Datum: 02.09.2004

Sachbearbeiter/in: Lemke, Kerstin

Vorlagenart	Vorlagennummer
Beschluss- vorlage	2004/171
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Gebietsausweitung des Naturparks Lüneburger Heide

Status Sitzungsdatum Gremium

Ö	21.09.2004	Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV
N		Kreisausschuss
Ö		Kreistag

Abzeichnung:

Landrat

Organisationseinheit

Anlage/n:

„Häufig gestellte Fragen“, Karte Vorschlag Gebietsausweitung

Beschlussvorschlag:

Die Informationen zum Thema „Naturparkausweitung Lüneburger Heide“ werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Eine Diskussion zur Ausweitung des Naturparks Lüneburger Heide wird unterstützt und begleitet. Voraussetzung ist aber, dass der Prozess von den Gemeinden getragen wird und alle relevanten Gruppen, insbesondere die Land- und Forstwirtschaft, eingebunden werden. Ein Beschluss zu einer möglichen Ausweitung des Naturparks erfolgt erst nach Vorlage eines von den Gemeinden getragenen und untereinander abgestimmten Konzepts.

Sachlage:

Ein Naturpark ist im Niedersächsischen Naturschutzgesetz und im Bundesnaturschutzgesetz beschrieben und verankert. In Niedersachsen werden diese Gebiete vom Land auf Antrag festgesetzt, aber ohne eine Schutzverordnung versehen. Zur Zeit bestehen in Deutschland mehr als 90 Naturparke, sie nehmen ca. 24% der Gesamtfläche ein. Das derzeitige Gebiet des Naturparks Lüneburger Heide umfaßt nur 200 qkm und nimmt mit einer vollständigen Überlagerung durch ein Naturschutzgebiet eine Sonderstellung in Deutschland ein. Wesentliche Fragen zum Thema Naturpark werden in der Anlage 1 beantwortet.

Die Initiative zur Erweiterung dieses Naturparks Lüneburger Heide ging von verschiedenen Akteuren aus der Leader+-Region „Kulturlandschaft zentrale Lüneburger Heide“ aus. Durch eine von den Hauptverwaltungsbeamten der potentiell beteiligten Gemeinden eingesetzte Arbeitsgruppe wurden zu Beginn dieses Jahres Vorüberlegungen für eine erweiterte Gebietskulisse des Naturparks Lüneburger Heide angestellt.

Die Arbeitsgruppe befaßte sich insbesondere mit den Chancen und Möglichkeiten einer erweiterten Naturparkku-

lisse für die kommunale und regionale Entwicklung, aber ebenso mit eventuellen Einschränkungen. Zusammengefasst werden in einem größeren Naturpark erheblich mehr Chancen als Risiken gesehen. Wesentlich ist aber dabei, dass für den Naturpark eine Trägerform gefunden wird, die von den Kommunen geführt wird, den Verein Naturschutzpark e.V. als die herausragende Organisation im Bereich des Naturschutzgebietes beteiligt und die wesentlichen Wirtschafts- und Sozialpartner aus der Region (z.B. Land-/ Forstwirtschaft, Tourismus, Verbände, etc.) in geeigneter Form einbindet.

Ausgehend von der Leader+-Region "Kulturlandschaft zentrale Lüneburger Heide" wurde unter Beachtung der vorgegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen (mindestens 50% der Fläche müssen Natur- oder Landschaftsschutzgebiet sein) und der naturräumlichen Abgrenzung eine mögliche erweiterte Naturparkkulisse entworfen, die Grundlage für weitere Konkretisierungen und Arbeitsschritte sein soll (Anlage 2).

Den Bürgermeistern und Vertretern der Fraktionen aus den Städten und Gemeinden sowie der Landkreise wurden diese Informationen auf einer Veranstaltung am 22.03.2004 in Behringen vorgestellt.

Das kommunale Interesse an diesem Prozess wird von den Beteiligten vornehmlich in den positiven Effekten in den Bereichen Tourismusförderung, Kooperationen und Imagebildung gesehen. Ebenso wird perspektivisch die Einwerbung von Fördermitteln durch eine regionale Ebene erleichtert. Ein erweiterter Naturpark kann daher, unter Einhaltung der erwähnten formalen und rechtlichen Rahmenbedingungen und unter Beachtung der kommunalen Zuständigkeiten ein geeignetes Instrument für die weitere gebiets- und fächerübergreifende Zusammenarbeit in der Region "Lüneburger Heide" sein.

In einer weiteren Veranstaltung am 31.08.2004 in Egestorf haben die Bürgermeister und Vertreter der Fraktionen aus den Städten und Gemeinden der Erstellung eines Naturparkkonzeptes zugestimmt. Die aktive Unterstützung durch die Landkreise wird erwartet.